

Ansiedlung des Unternehmens Alcon im Kanton

Anfrage

Die mögliche Ansiedlung des Alcon-Konzerns in unserem Kanton ist Gegenstand von Kontroversen, über deren Wendungen seit einigen Wochen in den Medien berichtet wird. Im Spannungsfeld zwischen den Bemühungen um Entwicklung der Beschäftigung in der Region und den berechtigten Sorgen um die Umwelt (Beschwerde des VCS) ist das Vorhaben auf unbestimmte Zeit blockiert.

Diese Blockierung ruft unweigerlich in Erinnerung, dass unser Kanton schon vor ein paar Jahren mit dem Ansiedlungsprojekt der Firma Amgen im Wistenlach eine Niederlage einstecken musste.

Wir stellen deshalb folgende Fragen:

1. In seinem Konjunkturplan zur Bekämpfung der Krise unterstreicht der Staatsrat wiederholt die Notwendigkeit, Arbeitsplätze im Kanton zu erhalten und zu schaffen, und zwar insbesondere indem neue Unternehmen mit hohem Technologiepotenzial in den Kanton geholt werden. Welche Massnahmen wird der Staatsrat im «Fall Alcon» ergreifen, um seine Versprechen aus dem Konjunkturplan einzulösen und eine ähnliche Pleite wie jene von Amgen zu vermeiden?
2. Hat der Staatsrat (oder die Wirtschaftsförderung) die Möglichkeit, sich als Vermittler anzubieten, damit ein Konsens gefunden werden kann?
3. Falls der Vorschlag einer Vermittlung nicht möglich sein sollte, könnte der Staatsrat nicht anderweitig eingreifen, um eine Einigung herbeizuführen? Wenn ja, wie wird er über die unternommenen Schritte informieren?

21. Dezember 2009

Antwort des Staatsrats

Der Konzern Alcon, der 1945 in Fort Worth, Texas (Vereinigte Staaten), gegründet wurde, ist der weltweit führende Anbieter von Augenheilmitteln. Am 1. Januar dieses Jahres hat die Novartis die Aktienmehrheit der Firma übernommen, die bis Ende 2009 im Besitz des Nestlé-Konzerns war.

Dank den Bemühungen der Wirtschaftsförderung Kanton Freiburg hat sich die Firma Alcon im Januar 2008 in der Stadt Freiburg unter dem Namen Alcon Pharmaceuticals Ltd. niedergelassen. Mit über 180 Angestellten sorgt die Firma für die Koordination der Aktivitäten des Konzerns in Europa, in Russland, im Mittleren Osten und in Afrika. Die Firma, die zurzeit auf zwei Standorte aufgeteilt ist, begann sich nach neuen Räumlichkeiten umzusehen, die es ihr erlauben sollten, ihre Aktivitäten auszudehnen und über 250 Personen zu beschäftigen. Sehr rasch wurde klar, dass das einzige Gebäude, das die Kriterien des Unternehmens bezüglich Grösse und Baufristen erfüllt, das «Agora»-Projekt der TPF auf dem Dach des Busbahnhofs ist.

Das gesamte Bauprojekt «Agora» sieht nämlich rund 13 000 m² Büroräumlichkeiten vor, davon etwa 7000 m² für Alcon. Deshalb mussten neben den bereits bestehenden 200 Parkplätzen vor Ort zusätzliche Parkplätze gefunden werden. Im Rahmen der

öffentlichen Auflage für die Erhöhung der Anzahl Parkplätze haben der Verkehrsclub Schweiz (VCS) und Pro Velo Freiburg Einsprache erhoben.

Dies vorausgeschickt, kann der Staatsrat die Fragen von Grossrat Ganioz wie folgt beantworten:

1. *In seinem Konjunkturplan zur Bekämpfung der Krise unterstreicht der Staatsrat wiederholt die Notwendigkeit, Arbeitsplätze im Kanton zu erhalten und zu schaffen, und zwar insbesondere indem neue Unternehmen mit hohem Technologiepotenzial in den Kanton geholt werden. Welche Massnahmen wird der Staatsrat im «Fall Alcon» ergreifen, um seine Versprechen aus dem Konjunkturplan einzulösen und eine ähnliche Pleite wie jene von Amgen zu vermeiden?*

Bezüglich des «Agora»-Projekts fanden verschiedene Schlichtungsverhandlungen zwischen den Parteien statt. Es kam jedoch keine Einigung zustande, die den Rückzug der Einsprachen ermöglicht hätte. Im Bewusstsein dessen, was auf dem Spiel steht, hat der Staatsrat die Volkswirtschaftsdirektion und die Raumplanungs-, Umwelt- und Baudirektion beauftragt, die Parteien mit Unterstützung der Wirtschaftsförderung und des Hochbauamts zu treffen, um die Divergenzen abzubauen, und sie danach zusammenzuführen, damit eine Einigung gefunden werden kann.

Diese Initiative ermöglichte am 20. Januar 2010 die Unterzeichnung einer Vereinbarung zwischen dem Kanton Freiburg, der Stadt Freiburg, den TPF, dem VCS und Pro Velo Freiburg. Diese Vereinbarung regelt namentlich die Frage der Aufhebung der Einsprachen gegen das Projekt «Agora», so dass dieses demnächst in Angriff genommen werden kann. Das Unternehmen sollte also 2011 über seine neuen Räumlichkeiten verfügen.

Durch sein Eingreifen hat der Staatsrat im Sinne seiner Strategie gehandelt, die er im Rahmen des Plans zur Stützung der Wirtschaft in Erinnerung gerufen hat und die darauf abzielt, die Zahl der Arbeitsplätze im Kanton zu erhöhen.

2. *Hat der Staatsrat (oder die Wirtschaftsförderung) die Möglichkeit, sich als Vermittler anzubieten, damit ein Konsens gefunden werden kann?*

Der Staatsrat trat in diesem Dossier tatsächlich als Vermittler auf und hatte Erfolg damit.

3. *Falls der Vorschlag einer Vermittlung nicht möglich sein sollte, könnte der Staatsrat nicht anderweitig eingreifen, um auf andere Weise eine Einigung herbeizuführen? Wenn ja, wie wird er über die unternommenen Schritte informieren?*

Angesichts des glücklichen Ausgangs ist die Beantwortung dieser Frage überflüssig.

Abschliessend möchte der Staatsrat noch darauf hinweisen, dass er manchmal zusammen mit den neuen Unternehmen einen wahrhaften Hindernislauf zurücklegen muss, damit diese auf dem Kantonsgebiet angesiedelt werden können.

Freiburg, den 9. Februar 2010